

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Die unerwartet eingesandte Manuskripte
bestimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Satz und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Die Konferenz von Ghythe.

Ablehnung der englischen Vorschläge durch die Sowjetregierung.

Beratungen der militärischen Sachverständigen. — Ver-
schärfte Blockade gegen Rußland?

Paris, 8. August. (W. T. B.)

Die Konferenz zwischen Millerand und Lloyd George hat in Ghythe vormittags um 10 Uhr 15 Minuten begonnen und bis 1 Uhr 30 Minuten gedauert. Um 2 Uhr 30 Minuten wurde folgendes Communiqué aus englischer Quelle veröffentlicht:

Die englische Regierung hat von den Sowjets eine endgültige Antwort auf die Note, die ihnen Freitag überreicht wurde, nicht erhalten. Indessen hat sie Änderungen über die Absichten der Bolschewisten erhalten und sie lassen voraussehen, daß diese sich weigern, der vorgeschlagenen Einigung zuzustimmen. Man weiß, daß nach der Konferenz, die Lloyd George, Bonar Law und Lord Curzon Freitag mit den Hauptdelegierten der Sowjetregierung in London hatten, ein Memorandum nach Moskau geschickt wurde, um den Abschluß einer Waffenruhe an der russisch-polnischen Front für eine Zeit von zehn Tagen zu erlangen, unter der Bedingung, daß man beiderseits in den Stellungen verbleibe, ohne sie während dieser Zeit zu verbessern. Da sich die Sowjets weigern, die Operationen zu unterbrechen, hat den ganzen Vormittag ein reger Meinungsaustrausch über die zu treffenden Maßnahmen stattgefunden, der um 1/3 Uhr wieder aufgenommen werden soll.

Lord Riddell, der dieses Communiqué den Journalisten mitteilte, beendete seine Erklärungen mit den Worten: Die Lage ist ernst.

Paris, 8. August.

Nach einer Havasmeldung aus London ist es unmöglich zu sagen, ob die Verhandlungen in Ghythe heute zu Ende gehen werden. Nach einer Reuters-Meldung wird keine Auskunft über die heute nachmittag in Ghythe abgehaltenen Beratungen gegeben. Es sei wahrscheinlich, daß die Beratungen der Konferenz noch morgen den ganzen Tag in Anspruch nehmen werden.

Nach einer Havasmeldung aus Ghythe hat die Sowjetregierung von Moskau die englischen Vorschläge endgültig abgelehnt. Man berichtet, daß die polnischen und die bolschewistischen Delegierten sich kommenden Mittwoch in Warschau treffen werden, denn es sei vorzuziehen, daß die Bolschewisten und die Polen sich unter sich allein verständigen.

Nach einer anderen Havasmeldung dauerten die Beratungen am Sonntag bis 7 Uhr 30 Minuten an. Man glaube, daß die Sowjets sich weigern, die angebotene Waffenruhe anzunehmen, weil sie Zeit gewinnen wollten, um Warschau einzunehmen. Die militärischen Sachverständigen hätten den Auftrag erhalten, bis Montag vormittag einen Bericht über die zu ergreifenden Maßnahmen auszuarbeiten. Es scheint, daß eine Verschärfung der Blockade gegen Rußland in Aussicht genommen sei. Lloyd George habe sich davon überzeugt, daß die Erhaltung Polens für die Sicherheit Europas notwendig sei.

Zwischen Washington, London und Paris findet fortgesetzt ein reger Meinungsaustrausch über die polnische Frage statt. Es ist bekannt, daß die Alliierten verabschiedet einen Plan für die von Amerika an Polen zu gewählende Hilfe in Vorschlag gebracht haben. Die Einzelheiten werden indessen geheim gehalten.

Reuters meldet aus Ghythe, daß die französischen Delegierten Montag nachmittag nach Frankreich zurückreisen werden.

w. Basel, 8. August.

Aus Boulogne wird gemeldet: Millerand, Foch, Berthelot und der Sachverständige für die russischen Fragen, Oberst Chergel, besichtigten sich am Sonntag vormittag nach Folkestone ein. Die Heberfahrt erfolgte ohne Zwischenfälle. Millerand und seine Begleiter trafen um 1 Uhr 45 Minuten in Folkestone ein, wo sie Lloyd George, Lord Curzon und Admiral Beatty am Sandungs-Reg erwarteten. Die zwei Ministerpräsidenten tauschten einen herzlichen Händedruck aus. Dann begaben sich sämtliche Diplomaten in die Villa des Sir Philip Sassoon, wo die Beratungen sofort begannen. Sie dauerten von 10 Uhr 15 Minuten bis 1 Uhr 30 Minuten. Um 2 Uhr 30 Minuten wurde englischerseits eine Note herausgegeben, die besagt, daß die britische Regierung keine endgültige Antwort erhalten habe auf die Note, die sie Rußland am Freitag zugehen ließ. Indessen habe sie Auskünfte über die Absichten der Bolschewisten erhalten, die darauf schließen lassen, daß die Bolschewisten es ablehnen, den von den Mächten gemachten Vorschlägen zuzustimmen. Nach der Konferenz von Lloyd George und Curzon mit den russischen Handelsdelegierten in London wurde ein Memorandum nach London übermittelt, in dem der Abschluß einer Waffenruhe von zehn Tagen mit der Polen verlangt wurde, unter der Bedingung, daß beide Teile während dieser Zeit auf ihren bisherigen Positionen verbleiben, ohne diese zu verbessern. Da die Sowjets sich weigern, ihre Operationen einzustellen, haben ihre Beschlüsse und Maßnahmen den ganzen Vormittag den Gegenstand des Gedankenaustausches gebildet, der am Sonntag nachmittag fortgesetzt wird. Die Nachrichten, die der Konferenz bisher zugegangen sind, bestehen in zwei Punkten der Sowjetregierung, die im allgemeinen Klärungen geben und die sämtlich die Ablehnung betreffen, die von den Alliierten vorgeschlagenen Bedingungen nicht anzunehmen.

Die Antwort aus Moskau.

„Direkte Verhandlungen mit den Polen in Winsk.“

London, 9. August. (Reuters.)

Ein drahtloses Telegramm aus Moskau an die englische Regierung besagt: Die polnische Regierung seit mit, daß sie bereit sei, Delegierte nach Winsk zu entsenden, um einen Waffenstillstand und einen Vorfrieden abzuschließen. Die bolschewistische Regierung ist deshalb der Ansicht, daß das von den Alliierten verfolgte Ziel, nämlich die Einstellung der Feindseligkeiten und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Polen auf der Grundlage voller Unabhängigkeit Polens am schnellsten und einfachsten durch direkte Verhandlungen erreicht werden würde. Am Schluß des Telegramms gibt die bolschewistische Regierung der Heberzeugung Ausdruck, die Alliierten würden anerkennen, daß die von ihnen angestrebten Ziele auf der bevorstehenden Konferenz in Winsk vollständig erreicht werden würden.

Paris, 8. August. (W. T. B.)

Die „Matin“ aus London meldet, hatte Lloyd George gestern wiederum eine lange Unterredung mit Amesew und Krassin. Man glaube, die englische Regierung sei bereit, ihren ersten Standpunkt aufrechtzuerhalten, d. h. die Eröffnung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen anzusetzen. In den Londoner offiziellen Kreisen sei man heute optimistisch.

(Siehe auch Seite 2.)

T. W. In Spaa erklärte der Marschall Foch den Pariser Journalisten, die Lage der polnischen Armee sei „pas grave“ — nicht ernst. Nationalhelden und militärische Genies sind nun einmal nur dann unfehlbar, wenn sie die stärksten Reserven haben, und im übrigen, ganz wie wir anderen, dem Irrtum ausgesetzt. Ist der Marschall Foch noch immer der Meinung, es stehe um die Sache Polens eigentlich gar nicht so schlimm? Es hängt nur noch von dem Willen der Sowjetregierung ab — und vielleicht auch vom Willen des russischen Heeres — ob Warschau besetzt werden wird. Vor acht Tagen wurde hier gesagt, daß in Rußland unter dem Druck der bolschewistischen Sammelpolitiker der traditionelle Instinkt sich erhoben habe, der immer wieder zum Einmarsch in Prag, die Warschauer Vorstadt, wie zu einer symbolischen Handlung drängt. Wird die Sowjetregierung durch Verhinderung solcher Triumphtat den gegenwärtig mit der nationalen Parole gewonnenen Kreisen einen vielleicht nicht ungefährlichen Agitationsstoff geben wollen und erleidet die Vollendung des Siegeszuges, die schnell bis weit nach Aften hinein von der Unwiderstehlichkeit des Bolschewismus zeugen würde, nicht auch ihr sehr wünschenswert? Was hat sie zu fürchten, wenn sie ihre Truppen die Erlaubnis oder den Befehl zum Einzug in Warschau gibt? Im Grunde so gut wie nichts. Kamenev und seine Begleiter, die in London verhandeln, wissen das sehr genau. Wie waren Abgesandte des mächtigsten und gebornen Staates in einer günstigeren Situation. England, denn auf dem polnischen Boden die Stoßkraft der Sowjetkavallerie vorgeführt wurde, fühlt die Bedrohung im Rücken, die man, vielleicht mit Absicht, ihm nur gerade fühlbar gemacht und die man vorläufig nicht bis zur letzten Schärfe getrieben hat. Das heutige Polen, diese Kunstgeburt des Ideologen Wilson und der französischen Nationalisten, ist ihm begreiflicherweise ziemlich gleichgültig, und Lloyd George muß nur die Schutzhülle weiterpielen, weil er Frankreich nicht ganz auffällig machen, weil er es für seine Politik gewinnen will. Die englischen Interessen sehen ganz anders als die französischen aus. England will unter allen Umständen Frieden mit den Bolschewisten, Frankreich hofft noch immer auf seinen in Rußland veräußerten Milliardenbesitz. Stärker noch — denn Milliardenfragen lassen sich auf dem Papier leicht erledigen — tritt der Gegensatz zwischen den beiden Denkarten hervor. England rechnet kaufmännisch-diplomatisch und Frankreich, noch ganz militärisch, erwartet praktische Abtunungen nur von der Gewalt. Allerdings, auch Frankreich will nicht mehr selber kämpfen, aber es wird Hilfskräfte an. Das ist das Schauspiel von heute: die großen Mächte sitzen ermdet auf ihren Grabhügeln oder in ihren Betten, und die Werber gehen durch Europa, um für Nationen, die etwas von ihrem Blute hergeben wollen, werden die höchsten Preise gezahlt.

Im dazwischen — während man Genaueres über die Beschlässe von Ghythe erwartet — trübliche Dinge zu berichten: heute ist, leider, der letzte Ferientag. Wie steht es eigentlich mit dem Plane, die Schieferen anders einzuteilen, der schon unter der tschechischen Regierung viel und fruchtlos erörtert wurde und unter der republikanischen gleichfalls im ewigen Wiederzustande verharrt? Es ist ziemlich merkwürdig, zu beobachten, daß zahlreiche Elternpaare, die vor der Revolution viel über die Schule sammelten und sie veraltet und bedürftig fanden, nicht aus den letzten Reformversuchen zum mindesten interesselos gegenüberstehen. Der Wunsch aber, die Sommerferien endlich verlängert zu sehen, dürfte wohl auch bei den Gegnern und Gegnerinnen aller sonstigen Reformgedanken verbreitet sein. Er ist berechtigt, und seine Erfüllung muß gefordert werden, wenn man gleichzeitig eine Vorbedingung erfüllt. Lange Ferien dürfen nicht nur einer Widerheit Freude und Erholung bringen, man darf nicht Tausende von Kindern in den muffigen Straßen der Großstädte ihren Zeitvertreib suchen oder in jämmerlich engen Wohnungen hohen lassen, und darum muß für die Unterbringung der bedürftigen Knaben und Mädchen auf dem Lande oder für ihre Hinanzführung ins freie noch weit mehr als bisher geschehen. Wir haben hier die Wohlthätigkeit angereuen, haben einer großen Schar von Kindern zu glücklichen Wochen verhelfen können und sagen allen gültigen Gubern herzlichen Dank. Aber es gibt da noch wunderbarliche Aufgaben für philanthropische Organisatoren, und immer stärker wird die Erkenntnis eindringen müssen, daß der Wiederaufbau Deutschlands mit der Kräftigung der aufsteigenden jungen Generationen — nicht mit der paradebildlich faden „Ertüchtigung“ — zu beginnen hat. Bedürftig ist in den Städten heute keineswegs nur das Proletariat. Abgesehen von der Tatsache, daß gerade die sogenannten kleinen Leute häufig Beziehungen zu Landbewohnern haben, dort sommerliche Weidplätze finden und auch sonst geschieht sich Gelegenheiten schaffen, breitet die graue Armut sich heute ja über ganz andere Regionen aus. In den Bädern und den Bergwäldern, im Baldesteiben und auf dem Strande tritt dieses Verwehen und Antreiben der Vermögen, die Ungruppierung des Geldes, besonders deutlich hervor. Es gibt noch immer merkwürdig viel solide Mittelstandsmenschen, die auch heute eine Eigenenschaft und ein Gasthausessen bezahlen können, aber diese Schicht wird doch merklich dünn. Wenn sich bergelichen mathematisch anlagen ließe, müßte sie bald ganz verschwunden sein. Schon findet sie sich still zwischen den aus rätselhaftem Erwerb hinstrebenden, tageliebenden, strammgeschulten Fortköttern, den guten Schiebenden, die mit kurzröckigen Gemahlinnen die Hotelalce beherrschen, und dem spitzbüglichen Emporkömmling aus andern Branchen, der die erste gebügelte weiße Soße proziert. Diejenigen, die draußen waren oder sind, haben aber auch angenehmere Bilder gesehen, bessere Eindrücke mitgebracht, sie haben konsistenteren Fortschritt, daß überall die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnen außerordentlich zugenommen, selbst in den gewaltigsten Andragern der Verkehr sich wieder mit freudlicher Ordnung und Pünktlichkeit vollzogen hat. Sie haben gesehen, wie der Wagen hochbeladen die Ernte vom Felde bringt. Keine der angeknüpften Pflanzungen, kein Ausruf der

Landarbeiter und kein Zunkerputz, hat die Bergung des Schabes gestört.

Zu den Ferienangelegenheiten, die keine Aufregung erzeugen, gehört es, daß die Geschichte der französischen Botschaftsaffäre nun dem Schiedsgericht des Völkerbundes überwiegen wird. Der Völkerbund ist für uns, solange Deutschland nicht zu ihm gehört, eine diplomatische Einrichtung, der wir keinen Respekt schulden, und nicht mehr wert als sonst ein ausländisches Gericht. Aber es ist gleichgültig, ob die Regierungen sich direkt über die Formalitäten der Fahnennehmung auseinandersetzen oder vor diesem Tribunal. Und da die Staaten nun einmal die Auffassung haben, daß ihre Ehre nicht nur an der Person ihrer Angehörigen, sondern auch an ihren bunten Tüchern hänge, so mag der Völkerbund sich mit der Entscheidung über schuldige Höflichkeit bezeugungen befassen, obgleich beispielsweise die Frage, warum Bewohner des rechten Weichselufers an Polen vertrieben werden, die Aufmerksamkeit der Völkerrechtswissenschaften gewiß noch mehr verdient. Wenn man von Fahnen spricht, kann mancher, dem die demokratische Sentimentalität nicht nur eine auftragene Farbe ist, die Ansicht nicht verweigern, daß die deutsche Republik ganz gut die schwarz-rote Fahne hätte behalten können, und daß die feierliche Bestimmung, es müsse von nun an schwarz-rot-gold geflaggt werden, eine überflüssige Komplizierung des Lebens war. Der ist eine solche Meinung undemokratisch, ein Beweis von Schwäche, eine Kezerei, ein Verfall? Es gibt wirklich vieles, was heutzutage undemokratisch ist, und die Farben des Stoffes, in die man es einwickelt, sind das wichtigste nicht. Das Gold in der republikanischen Fahne pflegt ein Gelb zu sein, die Zusammenstellung ist, ästhetisch betrachtet, nicht sehr reizvoll, und da die Radikalen nur das reine Rot lieben, haben wir glücklicherweise Fahnen, und das ist ein bißchen viel. Von all dem scheußlichen Marmorkram, mit dem die wilhelminische Renaissance Parolanen und Bläse verunfallte, hat man nichts entfernt. Nur mit einem farbigen Tuche ziert man sich herum, das den Hologanz geschichtlicher Erinnerungen trägt. Der Reichstag hat

neulich einer Amnezie zugestimmt, die unter anderem den Rittern des Rapp-Butsch zugute kommt. Nur die Radelstürzer hat man ausgeschlossen, und das ist ein sehr weiter oder ein sehr enger Begriff. Ist irgend jemand im Reichstag, ein unbedachtiger Demokrat, sollte einen Antrag stellen, er sollte beantragen: die Republik wird als Nationalfeind alljährlich die Vertreibung der Rapp-Butsch, das seit des Volkskrieges, seien, und zu Ehren der reaktionären Niederlage ziehen wir die schwarz-weiße Fahne auf.

Wenn die Sowjetregierung den Einmarsch ihrer Truppen in Warschau wünschenswert sollte, so wäre auch das sojuzalen Prestige- oder Fahnenpolitik. Prestige der roten oder einer anders gefärbten Fahne, Prestige der bolschewistischen Revolution, einer Bourgeoisrepublik oder einer Monarchie — das Motiv bleibt das gleiche, und man sieht immer wieder, daß hinter den veränderlichen Ideen die treibenden Gefühlskräfte ziemlich unveränderlich sind. Hat Lloyd George gestern in Ghythe den Alliierten Millerand davon überzeugt, daß es weiser wäre, den Bolschewisten auf Kosten Polens entgegenzutreten, als fruchtlos die Hilfskräfte für einen Krieg zu rufen, dessen Ausgang zweifelhaft erscheint? Lloyd George, der in allen deutschen Angelegenheiten nach einem Fahren sich dem französischen Verlangen unterordnet, hat während der letzten Monate in der russischen Frage, trotz heftigem Widerstreben Frankreichs, sehr viel Hartnäckigkeit gezeigt. Antieinander wäre Herr Millerand bereit, sich zur Verständigung mit der Sowjetregierung bewegen zu lassen, und es ist nun nur die Sowjetregierung, die sich kühl verhält. Sie hat offenbar bisher nicht in bindender Form auf die Einnahme Warschauer verzeichnet, und sie hat vor allem die Beteiligung der alliierten Großmächte an den Friedensverhandlungen abgelehnt. Sie wünscht eine Aussprache mit Polen ohne Anwesenheit eines Dritten und schaltet so die Staaten, die sich heute als Weltlorden fühlen, von der Entscheidung aus. Das hat natürlich in Ghythe dem nach feierlicher Einigung strebenden Lloyd George die Situation gegen-